



VERANSTALTUNGSTIPP

Vormerken!

„Die ‚Jamaika‘-Koalitionäre marschieren auch außenpolitisch in die völlig falsche Richtung: Aufrüstung, Auslandseinsätze und Sanktionen gegen Russland sind ein friedenspolitischer Offenbarungseid. Wir brauchen mehr Geld für Bildung und Rente, nicht für Bundeswehr und Rüstung. Wir brauchen einen engagierten Kampf gegen die wachsende Armut...“

mehr auf Seite 1



**WIE WIR SAARLÄNDER WISSEN: EIN
ECHTER „ERFOLGSGARANT“ DIESES**

JAMAIKA

-Zum Titelmotiv dieser Ausgabe-

„Die ‚Jamaika‘-Koalitionäre marschieren auch außenpolitisch in die völlig falsche Richtung: Aufrüstung, Auslandseinsätze und Sanktionen gegen Russland sind ein friedenspolitischer Offenbarungseid. Wir brauchen mehr Geld für Bildung und Rente, nicht für Bundeswehr und Rüstung. Wir brauchen einen engagierten Kampf gegen die wachsende Armut in Deutschland statt immer mehr Mittel für Auslandseinsätze der Bundeswehr“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die neue Sondierungsrunde von CDU, CSU, FDP und Grünen über eine „Jamaika“-Koalition. Dagdelen weiter: „Wer wie die Grünen allein dafür kämpft, dass die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten werden, hat jeden Anspruch auf Entspannungspolitik in Europa aufgegeben. Die grüne Sanktionsforderung gegen Russland, die sich in den ‚Jamaika‘-Verhandlungen durchzusetzen scheint, zielt allein auf eine neue Eskalationspolitik und ist sicherheitspolitisch unverantwortlich.“

Und:

Katja Kipping: „Der Solidaritätszuschlag ist an die Einkommensteuer gebunden. Menschen mit hohem Einkommen zahlen einen höheren Soli als Menschen mit mittlerem Einkommen. Deshalb ist der Abbau des Solis vor allem ein Steuergeschenk für Reiche. Jamaika fühlt sich offensichtlich der staatlichen Reichtumspflege verpflichtet. Doch wer Steuergeschenke für Reiche macht, dem fehlt am Ende das Geld für bessere Bildung oder die Schaffung von Barrierefreiheit.“

-Zum Rückseitenmotiv dieser Ausgabe-

Falsche Bild-Panikmache zu Ausreisepflichtigen - „Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausreisepflichtigen ist geringer als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Und was macht die Bild-Zeitung daraus? Sie bauscht die Zahlen zu einem angeblichen ‚Abtauchskandal‘ auf und schürt damit unberechtigte Ängste in der Bevölkerung. Das ist unverantwortlich“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Die Abgeordnete weiter: „Für Panik und Dramatisierung besteht überhaupt kein Anlass. Es ist nicht zuletzt infolge vieler Anfragen der Linksfraktion seit Jahren bekannt, dass die Angaben des Ausländerzentralregisters insbesondere zur Zahl der Ausreisepflichtigen ohne Duldung unzuverlässig und überhöht sind. So stellte sich 2011 schon einmal heraus, dass von angeblich 70.000 Ausreisepflichtigen ohne Duldung 40.000 gar nicht ausreisepflichtig waren. Auch der Beauftragte für Flüchtlingsmanagement Frank-Jürgen Weise hat vor kurzem vor überhöhten Zahlen des Ausländerzentralregisters und daraus resultierenden verzerrenden politischen Debatten gewarnt. Dass es auch Menschen gibt, die aus Angst vor einer Abschiebung ‚untertauchen‘, ohne behördliche Registrierung ausreisen oder ihr Glück in anderen Ländern versuchen, ist schon immer so und allgemein bekannt. Ein Problem ist ein Leben in der ‚Illegalität‘ ohne grundlegende Rechte vor allem für die Betroffenen. Eine allgemeine Bedrohung erwächst daraus nicht, denn diese Menschen verhalten sich in aller Regel sehr unauffällig und begehen keine Straftaten, denn jeder Behördenkontakt birgt die Gefahr der Inhaftierung und Abschiebung. Entgegen der Einschätzung der Bundesregierung bleibt die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland seit geraumer Zeit in etwa gleich. Zuletzt waren es – nach vermutlich überhöhten Angaben des Ausländerzentralregisters – knapp 230.000 Menschen. Die Beraterfirma McKinsey hatte für Jahresende groteskerweise einen Anstieg dieser Zahl auf bis zu 500.000 prognostiziert. Die Bundesregierung kann nicht sagen, wie viele dieser formell ausreisepflichtigen Menschen überhaupt abgeschoben werden dürfen. Die große Mehrheit von ihnen wird geduldet, häufig aus Gründen, die einer Abschiebung entgegenstehen. Dass ist der eigentliche Skandal: Dass bei Ausreisepflichtigen seit Jahren mit falschen und überhöhten Zahlen Politik gemacht und eine gefährliche Abschiebestimmung im Land geradezu herbeigeredet wird.“

11.11.2017-St. Martin
Allen Kindern viel Spaß



**Umfairteilen ist solidarisch,
ist menschlich! Schon immer!**

DIE LINKE.



www.die-linke.de

HEINER FLASSBECK

VORTRAG UND DISKUSSION

**GRIECHENLAND
UND DIE
EUROPÄISCHE
KRISE**

DO. 9. NOV. 2017 19 UHR
THEATER IM VIERTEL
ALTE FEUERWACHE SAARBRÜCKEN

Veranstalter: **GRIECHENLAND
SOLIDARITÄT
SAARBRÜCKEN** In Kooperation mit:

TERMINKALENDER // AUSZUG

6. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Das Kapital lesen! Einladung zum gemeinsamen Studium des Klassikers von Karl Marx
Saarbrücken, RLS Vortragsraum, Futterstraße 17-19, 18 Uhr.

6. NOVEMBER 2017 Landesarbeitsgemeinschaft
Mitgliederversammlung der LAG Betrieb und Gewerkschaft
Saarbrücken, Sitzungssaal der IG BCE, Haus der Gewerkschaften, Fritz-Dobisch-Str. 5, 18:30 Uhr.

6. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Oktober 1917 - Zehn Tage, die die Welt erschütterten
Saarbrücken, Kino achteinhalb, Nauwieserstr. 19, 19 Uhr

7. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Saarländer in Moskau. Vorstellung einer Publikation.
Saarbrücken, RLS Vortragsraum, Futterstraße 17-19, 18 Uhr.

7. NOVEMBER 2017 Ortsverband
Mitgliederversammlung BV Dudweiler
Dudweiler, Gasthaus Zum Engelsche Am Neuhauser Weg 31, 19 Uhr

9. NOVEMBER 2017 Landesarbeitsgemeinschaft
Sitzung der LAG Drogenpolitik
Saarbrücken, Landtag, Fraktionsraum der Linken, Fr.-Josef-Röder-Str., 18 Uhr.

9. NOVEMBER 2017 Ortsverband
Vorstandssitzung Ov St. Johann
Saarbrücken, Bürgerbüro N11, Nauwieserstr. 11, 18:30 Uhr.

9. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Heiner Flassbeck: Griechenland und die europäische Krise.
Saarbrücken, Theater im Viertel, Landwehrplatz, 19 Uhr.

16. NOVEMBER 2017 Forum Demokratischer Sozialismus LV Saar
„Podium des demokratischen Sozialismus“ - offener Themenabend
Saarbrücken, N11, Nauwieser Str. 11, 18 Uhr.

16. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Rechte Codes und Symbole
Saarbrücken, RLS-Vortragsraum, Futterstraße 17-19, 18 Uhr.

25. NOVEMBER 2017 - Landesparteitag der Saar-Linken
Völklingen, Hans-Netzer-Halle, Gatterstr. 15-17, Beginn 10 Uhr,
Mandatsprüfung ab 9 Uhr.

Mehr Informationen und die vorliegenden Anträge online:
www.dielinke-saar.de/partei/parteitage/parteitag_november_2017

28. NOVEMBER 2017 LAG Tierschutz und LAG ChristInnen
B9, Bahnhofstr. 9, Neunkirchen, 18 Uhr.

7. DEZEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls
Alfred Gulden: Bahnhofsgeschichten
Völklingen, Alter Bahnhof, Rathausstr. 57, 19 Uhr.

Termine der Saarlinken findest Du immer tagesaktuell auf www.dielinke-saar.de

Raum gesucht? Die Landesgeschäftsstelle bietet sich für Parteiveranstaltung einfach an - Die LGSt bietet allen Parteigruppierungen und -organen eine Nutzung der Räumlichkeiten an. Bitte reserviert rechtzeitig via E-Mail an den Landesgeschäftsführer (LGF, andreas.neumann@dielinke-saar.de). Der aktuelle Belegungsplan ist abrufbar unter www.dielinke-saar.de/partei/lgst/. Die Öffnungszeiten der LGSt. solltest Du durch einen vorherigen Anruf (0681 51 77 5) abklären, da wir größtenteils ehrenamtlich arbeiten.

DIE LINKE. im Bundestag - Im Saarland unterhält unser Mitglied des Deutschen Bundestages Thomas Lutze zwei Büros.

Bürgerbüro Neunkirchen •
Bahnhofstr. 9, 66538 Neunkirchen •
Telefon: (06821) 943 200 1 • E-Mail:
neunkirchen@thomas-lutze.de

Bürgerbüro Saarbrücken •
Nauwieser Straße 11, 66111
Saarbrücken • Telefon: (0681) 755
908 05 • E-Mail:

saarbruecken@thomas-lutze.de
Mehr Informationen online auf
www.thomas-lutze.de

„Stoppt die AfD“ - Broschüre wurde jetzt neu aufgelegt. Die Broschüre zeigt, woher die AfD kommt und wer sie heute ist. Sie liefert Zahlen, Daten und Fakten, die die rassistische Hetze gegen Geflüchtete, Muslime und andere entlarven.

www.goo.gl/gHBV32



TERMINKALENDER // EXTERNE EVENTS

6. NOVEMBER 2017 - Das Kapital lesen! Einladung zum gemeinsamen Studium des Klassikers von Karl Marx Saarbrücken, RLS Vortragsraum, Futterstraße 17-19, 18 Uhr

Der „Lesekreis Wirtschaft und Politik“ wird sich in Kooperation mit Peter Imandt Gesellschaft/Rosa Luxemburg Stiftung Saarland mit der Lektüre „Das Kapital, Band I“ von Karl Marx beschäftigen. Zu diesem Vorhaben laden wir alle Interessierten ein, mit uns „Das Kapital“ gemeinsam zu lesen und zu studieren. Wir wollen zu klären versuchen, inwieweit Marx' Kritik am Kapitalismus heute noch zutreffend ist. Besonders interessiert uns u.a. die Klärung folgender Fragen: Ist die Vermehrung des Geldes als beherrschender Zweck des Kapitalismus heute immer noch gültig? - Inwiefern existiert noch der Gegensatz zwischen Lohnarbeit als Kostenfaktor und dem Unternehmensgewinn und wie wirkt sich dieser Gegensatz auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung aus? - Liegt die Ursache der Existenz von Armut und Reichtum im Kapitalismus, also am System, oder etwa in der Menschennatur? - Wie verhält es sich mit Gleichheit und Lohnungerechtigkeit im Kapitalismus? - Was sind die Zusammenhänge zwischen technischem Fortschritt / Digitalisierung, Produktivität, Reichtum und Arbeit?

6. NOVEMBER 2017 Peter-Imandt-Gesellschaft/rls Oktober 1917 - Zehn Tage, die die Welt erschütterten Saarbrücken, Kino achteinhalb, Nauwieserstr. 19, 19 Uhr

1927, zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution drehte der sowjetische Meisterregisseur Sergei Eisenstein mit Grigori Alexandrow »Oktober«. An Originalschauplätzen, mit authentischen Requisiten und damals beteiligten Aufständischen gefilmt, wurde die Nachstellung der Revolution zum bebilderten Geschichtsbuch im Agitprop-Stil. Grundlage war hierfür John Reed's Roman »Zehn Tage, die die Welt erschütterten«. Der Film vertritt im höchsten Maße die Sicht auf die Revolution, wie man diese 1927 und später sehen wollte und sehen sollte. Tatsächlich sollte der Film die Russische Revolution heroisieren, sie deuten und deren Akteure mystifizieren. Gleichzeitig lässt Eisenstein keinen Zweifel an dem moralischen Bankrott der alten Eliten aufkommen, die ja auch in der Realität bereit waren, zur Fortsetzung des Ersten Weltkriegs den Tod Hunderttausender in Kauf zu nehmen. Entsprechend propagandistisch werden die Staatseliten als eitle Pfauen dargestellt oder mit Napoleon gleichgesetzt. Eisensteins äußerst suggestive Bildmontagen erlaubten es ihm die sich überschlagenden Ereignisse zu verknappten und den spannenden Zeitraum von Februar bis Oktober 1917 abzudecken. Die zahlreichen Änderungswünsche der Staatsführung abarbeitend - beispielsweise hatte der Regisseur den schon 1926 aus dem Politbüro ausgestoßenen Trotzki noch als Revolutions-Agitator verherrlicht, Stalin dagegen nicht berücksichtigt - erlaubten es Eisenstein, erst 1928 den Film in die Kinos zu bringen. Seine spezielle Erzähl- und Montageform macht diesen Streifen unzweifelhaft zu einem Stück Filmgeschichte, der auf künstlerisch-technischer Ebene wegweisend war. Eine Veranstaltung der Peter Imandt Gesellschaft/Rosa Luxemburg Stiftung in Kooperation mit dem Kino achteinhalb.

9. NOVEMBER 2017, Heiner Flassbeck: Griechenland und die europäische Krise Saarbrücken, Theater im Viertel, Landwehrplatz, 19 Uhr

Heiner Flassbeck ist Herausgeber der Online-Zeitschrift Makroskop. Der Experte für Außenwirtschaft und Geldpolitik war zuvor Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und Chef-Volkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD). Eintritt zu Vortrag und Diskussion frei!
Peter-Imandt-Gesellschaft/Rosa Luxemburg Stiftung in Kooperation mit der Griechenland Solidarität Saarbrücken

Newsletter beibehalten, abmelden oder gar empfehlen? Vielleicht einen eigenen Beitrag einsenden?

Diesen Newsletter, also den Rundbrief, erhalten alle, deren E-Mailadresse registriert wurde. Wenn er Dir zusagt und Du ihn auch gerne weiterhin erhalten möchtest, musst Du einfach nichts tun.

Ist er Dir eher lästig, dann kannst Du Dich aber jederzeit ganz formlos wieder abmelden, indem Du von deiner hinterlegten E-Mailadresse (diejenige, an die der Newsletter versandt wird) eine E-Mail mit dem Betreff „Abmeldung“ an unsubscribe@dielinke-saar-mailer.de schickst.

Falls Du den Newsletter jemandem empfehlen möchtest, dann gib demjenigen/derjenigen einfach den Tipp sich auf www.dielinke-saar-mailer.de zu registrieren. Es geht schnell, einfach und unkompliziert. Alleine in den letzten Monaten konnten wir so etwas mehr als 600 Neuanmeldungen verzeichnen.

Datenschutz ist uns wichtig

Seit der Plattformgründung in 2011 - und der erfolgten Neustrukturierung in 2013 - werden keine personenbezogenen Daten außer der E-Mailadresse erfasst. Diese E-Mailadressen werden wiederum keinen Dritten zur Verfügung gestellt und äußerst gut verschlüsselt vorgehalten.

Dein Beitrag im Rundbrief

Eigene Beiträge, auch Artikelempfehlungen und Links, für den Rundbrief kannst Du per E-Mail an red@dielinke-saar-mailer.de schicken. Texte bitte als E-Mail-Text oder als RTF-, ODT- oder Word-Datei im Anhang. Bilder bitte als JPG- oder PNG-Datei und in einer entsprechend guten Auflösung. Einer der RedReporter wird sich dann zeitnah um die Einpflege deines Beitrages kümmern.

Hinweise:

Da der Rundbrief unregelmäßig als PDF via E-Mail erscheint, ist er für kurzfristige Mitteilung eher ungeeignet. Für Kleinanzeigen aller Art ist er nicht gedacht.

Alle Texteingaben werden selbstverständlich unter Namensnennung veröffentlicht.

STATISTIKEN & CO.

Wenn aus Tausenden Hunderte werden – dann liegt der aktuelle Monatsbericht der Arbeitsagentur vor

Der Berichtsmonat Oktober 2017 der saarländischen Arbeitsagentur glänzt wieder mit gewaltigen Rückgangszahlen. -1.745 Arbeitslose, -2376 Menschen in Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit... erst auf den zweiten Blick sieht man den Hinweis, dass es sich um die Angabe der Veränderung zum Vorjahresmonat handelt. „Um die Vergleichswerte des Vormonates zu erhalten muss der Weg über Themen, Auswahl des Arbeitsmarktreportes und Aufruf der Excel-Datei gewählt werden. Schade eigentlich und etwas unverständlich. Hier sollte die Arbeitsagentur eine weitere direkt sichtbare Spalte umsetzen.“, so Andreas Neumann, Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Saar. Die Vergleichswerte zum Vormonat fallen dann auch gleich deutlich niedriger aus. Bei Arbeitslosen kann man nur noch den Rückgang um -597 von 33.862 auf nun 33.265 Saarländer verzeichnen und bei Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit -249 von 51.379 im September 2017 auf nun 51.130 Saarländer. Liest sich schon ernüchternder. Die ausgewiesenen 33.265 arbeitslosen Saarländer sind dabei aber definitiv zu niedrig angesetzt. Denn auch in diesem Monatsbericht fehlen auf Grund von Definitionsspielchen der Arbeitsagentur u.a. alle Arbeitslose, die krank gemeldet sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen. Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr überschritten haben, fallen sowieso sang und klanglos aus dieser Statistik. In Summe und auf Grund der Erfahrungen der letzten Monatsstatistiken kann man also von um die 15-18.000 Saarländern ausgehen, die hier nicht berücksichtigt werden.

„Schon die offiziell bekanntgegebenen Zahlen, mit all ihren Definitionsspielchen um die Werte geringer zu halten, sind schon erschreckend. Nimmt man alle rausgerechneten Personen hinzu, deren prekäre Einkommenssituationen durch die Rechenspielchen nicht verbessert wurden, dann erkennt man das tatsächliche Problem. Vor allem da eine klare Leitinvestition und Ansätze, die zur Generierung neuer Arbeitsplätze führen könnten, bislang nicht wirklich erkennbar sind. Und es ist nun mal Fakt, dass dem ‚Bestand an Arbeitssuchenden‘, 65.394 Saarländern, gerade einmal ein Bestand an gemeldeten Arbeitsplätzen von 8.899 Stellen gegenübersteht. Es fehlen also 56.495 Arbeitsplätze im ‚günstigsten‘ Fall.“, so Neumann.

Hier die Handreichung für die Kreise. Datengrundlage Bericht Oktober 2017.

	Merzig-Wadern	Neunkirchen	Regional- verband	Saarlouis	Saar-Pfalz- Kreis	St. Wendel	Saarland
Bestand an							
Arbeitssuchenden	4671	9513	30182	10356	7301	3371	65394
Bestand an Arbeitslosen	2382	4933	15779	4916	3671	1584	33265
Arbeitslosigkeit							
im weiteren Sinne	2721	5813	18538	6057	4615	1895	39639
Unterbeschäftigung							
im engeren Sinne	3569	7415	23353	7919	5935	2648	50839
Unterbeschäftigung							
ohne Kurzarbeit	3592	7457	23470	7969	5969	2673	51130
Arbeitslosengeld	732	1317	2889	1481	1272	566	8257
Erwerbsfähige							
Leistungsberechtigte	3964	9093	32109	9904	6742	2933	64747
Nicht Erwerbsfähige							
Leistungsberechtigte	1586	3722	11959	3768	2549	1143	24726
Bedarfsgemeinschaften	2904	6655	23769	7241	4889	2118	47577
Gemeldete Arbeitsstellen	839	1016	3164	1708	1438	734	8899

**Klare Ansagen
für unser Land.**

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SAAR

**296 Neumitglieder
im Jahr 2017**

**539 Neumitglieder
im Jahr 2016**

Gemeinsam streiten wir für
eine andere, eine sozial
gerechtere und demokratischere
Politik. **Herzlich willkommen!**

www.dielinke-saar.de

**ERGREIF
PARTEI FÜR
EINE BESSERE
ZUKUNFT!**

linksaktiv.de



www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE AUS DEM LANDESVERBAND

Andrea Neumann: Mehr Tierschutz durch Hundesteuerbefreiung bei Tierheimabnahmen

- Viele Kommunen meinen, dass man mit Hundesteuern die klammen Kassen aufbessern kann und muss. Das ist selbstverständlich eine Milchmädchenrechnung. Denn dieselben Kommunen bezahlen ihren Beitrag an Tierheime, die unter der stetig steigenden Zahl der Tiere und der Belastung für die meist ehrenamtlich Arbeitenden nur noch stöhnen. Und bei denen das Geld dennoch nicht ausreichend ist. Um es ganz klar festzustellen: die Hundesteuer ist eine Gemeindesteuer, eine öffentlich-rechtliche Abgabe, der keine bestimmte Leistung gegenübersteht. Wieso steigt diese also überhaupt? Die Antwort auf diese Frage ist recht einfach: da die Einnahmen nach dem Gesamtdeckungsprinzip zur Finanzierung aller kommunalen Aufgaben mitverwandt werden. Sie wird als eine der Stellschrauben angesehen mehr Einnahmen zu generieren.

„Es sollte und muss endlich ein Umdenken erfolgen und in allen Kommunen die Übereinkunft her, dass bei Abnahme eines Hundes - zumindest bei dem ersten Tier- aus einem Tierheim die Hundesteuer in diesem Fall erlassen wird. Denn durch diese Abnahme wird der kommunale Beitrag für Tierheime geringer, da es weniger Pflgetiere zu versorgen gibt. Die Belastung der Ehrenamtlichen nimmt ebenfalls ab, die Betreuung der verbleibenden Tiere kann intensiviert

werden. Und der beste Freund des Menschen bekommt endlich eine Familie und ein Zuhause. Eine bessere Win-Win-Situation kann man sich doch gar nicht vorstellen. Wo ist also das Problem diese Regelung endlich flächendeckend Realität werden zu lassen?!“, so Andrea Neumann, tierschutzpolitische Beauftragte des Landesverbandes Saar und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Tierschutz. „Hundesteuerbefreiung für Tierheimabnahmen - das muss drin sein!“.

Online: www.facebook.com/LAGTierschutz sowie www.dielinke-tierschutz.de

Claudia Kohde-Kilsch: Abstimmungsmöglichkeit für G9 wahrnehmen!

- Die Vorsitzende der Linksfraktion im Saarbrücker Stadtrat, Claudia Kohde-Kilsch, möchte auf das laufende Volksbegehren zur Wiedereinführung des Abiturs nach neun Jahren (G9), aufmerksam machen und erklärt: „Ich bin der Ansicht, dass eine längere Schulzeit den Schülerinnen und Schülern mehr Möglichkeiten der Entfaltung bietet, sie entlastet und die Vertiefung von Allgemeinwissen unterstützt. Ein Jahr länger in der Schule ist ein gewonnenes Jahr für die Vorbereitung auf das künftige Leben. Die Verteilung des Lehrstoffes auf neun statt acht Jahre sorgt für mehr Freizeit durch weniger Leistungsdruck. Schule darf nicht bloß als zeiteffiziente Ausbildung der Kinder

für die Arbeitswelt gesehen werden, sondern sie muss den künftigen Erwachsenen auch das intellektuelle Handwerkszeug dafür mitgeben, die Welt besser zu machen als sie sie vorfinden. Ich spreche mich daher für längeres, entspanntes Lernen und die Wiedereinführung von G9 aus.“ Seit dem 4. Oktober haben Saarländerinnen und Saarländer die Möglichkeit zur Abstimmung über das Volksbegehren zur Wiedereinführung des 9-jährigen Gymnasiums. 2001 hatte das Saarland als erstes Bundesland die Schulzeit in Gymnasien auf acht Jahre verkürzt. Aufgrund negativer Erfahrungen mit dem System hat die Elterninitiative ‚G9-jetzt! Saarland‘ nun ein Volksbegehren initiiert, bei dem Bürgerinnen und Bürger sich für G9 aussprechen können. „Man kann durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der Frage um die Dauer der Schulzeit sein. Aber wer sich zu G9 bekennen möchte, sollte die Möglichkeit der Abstimmung in Anspruch nehmen, um zukünftig ein mehrheitlich entsprechend legitimes Verfahren zu haben. Bürgerinnen und Bürger aus Saarbrücken können noch bis zum 3. Januar im Bürgeramt im Saarbrücker Rathaus, 2. Obergeschoss, am Volksbegehren teilnehmen. Das Wahlamt ist von montags bis mittwochs zwischen 7:30 Uhr und 15:30 Uhr, donnerstags bis 18:00 Uhr und freitags bis 12:00 Uhr geöffnet“, so Kohde-Kilsch abschließend.

AKTUELLES AUS LANDTAG UND BUNDESTAG

Unterfinanzierung als Ausdruck einer mangelhaften Krankenhauspolitik der Bundesregierung - „Es wurde noch nie so wenig in Krankenhäuser investiert wie in den letzten Jahren. CDU/CSU und SPD haben mittels der Schuldenbremse die mangelhafte Investitionsfinanzierung auf Dauer festgeschrieben“, kommentiert Harald Weinberg, krankenhauspoltischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die Forderung des Marburger Bundes nach Verbesserung der Investitionen für Krankenhäuser. Weinberg weiter: „Die Krankenhäuser in Deutschland sind unterfinanziert, weil die Länder ihren Verpflichtungen

zur Finanzierung der Ausstattung nicht nachkommen können. Der Investitionsstau wird auf 50 Mrd. Euro geschätzt. Dringend nötig wäre, die Länder finanziell in die Lage zu versetzen, Krankenhäuser adäquat ausstatten zu können. Dazu könnte der Bund auch einen eigenen Beitrag leisten. Das Gegenteil ist der Fall: Seit rund 20 Jahren setzt die Bundespolitik die Krankenhäuser einem ungeheuren wirtschaftlichen Druck aus. Mehrfache Budgetkürzungen und die Einführung von diagnosebezogenen Fallpauschalen haben den Kosten- und Wettbewerbsdruck enorm erhöht.

Unausgesprochen verfolgt die Bundesregierung damit das Ziel, eine Strukturbereinigung in der deutschen Krankenhauslandschaft durchzusetzen, also über den Wettbewerb die Zahl der Krankenhäuser zu vermindern. Damit muss Schluss sein. Statt auf einen ruinösen Wettbewerb zu setzen, muss sich die Krankenhauspolitik am Gemeinwohl orientieren.“

Mehr aktuelle Meldungen findest Du auf der Website der Bundestagsfraktion: www.linksfraktion.de

Aktive Raumordnungspolitik für das Saarland - Land muss Anreize schaffen, um Leerstände in den Dörfern zu vermeiden

DIE LINKE im Saarländischen Landtag unterstützt die Kritik der Ingenieurkammer des Saarlandes an der mangelhaften Raumordnungspolitik des Landes. Oskar Lafontaine: „Ziel muss es sein, die zunehmenden Leerstände in den Dörfern zu vermeiden und bezahlbaren Wohnraum in den Städten zu schaffen. Die Landesregierung muss dafür die Initiative ergreifen. Sie sollte Anreize für die Sanierung leerstehender Altbauten in den Stadt- und Dorfkernen schaffen und muss in den Städten - wie von der LINKEN mehrfach gefordert - den sozialen Wohnungsbau vorantreiben, auch durch eine stärkere Förderung kommunaler Bauträger und gemeinnütziger Genossenschaften.“

Millionen für Strom, den niemand braucht? Energiewende wirtschaftlich und sozial gestalten

Deutschlands Verbraucher zahlten vergangenes Jahr 643 Millionen Euro für Wind-Strom, den es gar nicht gab, wie der aktuelle Monitoring-Bericht von Netzentag und Kartellamt zeigt. Weil die Windräder an vielen Tagen deutlich mehr Energie produzieren als benötigt wird, Speicher-Möglichkeiten und ausreichend Leitungen aber fehlen, mussten diese Anlagen aus Schutz vor Überlastung vom Netz genommen, oder teuer produzierter Strom ins Ausland verschenkt werden. Während unsere Nachbarn in Luxemburg pro Kilowattstunde Strom 14,4 Cent, in den Niederlanden 14,7 Cent, in Frankreich 16 Cent, in Österreich 18,8 Cent, in Tschechien 22,4 Cent, in Dänemark 23,5 Cent, in Polen 24,9 Cent und in Belgien 25,7 Cent zahlen

mussten, sind in Deutschland 28,7 Cent fällig. Auch für einen Strom, den niemand braucht. Dazu Oskar Lafontaine: „Auch die saarländische Landesregierung sollte angesichts der neuesten Zahlen ihren forcierten Windkraft-Ausbau überprüfen. Wir sollten, wie viele andere Bundesländer, zumindest größere Abstände zur Wohnbebauung einführen und den bereits viel zu weit fortgeschrittenen Ausbau der Windkraft im Wald stoppen. Die Energiewende ist notwendig. Sie muss aber wirtschaftlich und sozial gestaltet werden. Es ist sinnlos, Unsummen für Strom auszugeben, den niemand braucht. Sinnvoller wäre es, dieselbe Summe, die für den Windkraft-Ausbau ausgegeben wird, in die energetische Gebäude-Sanierung zu investieren um auf diese Weise CO2 deutlich zu reduzieren.“

www.linksfraktion-saarland.de

Französischer Abschied von Finanztransaktionssteuer-

„Macron bleibt auch als Präsident Investmentbanker. Wer ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise die Finanztransaktionssteuer torpediert, hat die Krise Europas nicht verstanden“, kommentiert der Bundestagsabgeordnete und Finanzpolitiker Fabio De Masi Berichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wonach Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Derivate von der Finanztransaktionssteuer ausnehmen möchte. De Masi weiter:

„Derivate - also abgeleitete Finanzinstrumente bzw. Wetten auf die Entwicklung von Rohstoffpreisen und anderen Finanzindizes - sind laut Großinvestor Warren Buffet ‚finanzielle Massenvernichtungswaffen‘. Eine Finanztransaktionssteuer auf den Aktienhandel zu beschränken, degradiert diese zur Börsenumsatzsteuer. Macron verkauft sich als großer Europäer, hat aber nur die französischen Universalbanken im Sinn, die besonders in Derivate investierten und durch ihre Größe und Vernetzung ein Systemrisiko sind. Die ‚Jamaika‘-Parteien müssen nun beweisen, ob sie die Finanzmärkte auf Entzug setzen oder die Regierungsbank der Deutschen Bank sein wollen.“

CETA darf nicht ratifiziert und JEFTA muss gestoppt werden -

„Eine faire Handelspolitik muss den Menschen und ihren Lebensbedingungen dienen. Mehrere Mitglieder des TTIP-Beirats im Bundeswirtschaftsministerium fordern deshalb ein handelspolitisches Umsteuern. Die Bundesregierung sowie die zukünftige Koalition müssen dies ernst nehmen. Sonst wird der TTIP-Beirat als Feigenblatt benutzt. Den Kriterien für fairen Handel wird weder das Abkommen mit Kanada noch das Abkommen mit Japan gerecht. Deshalb bleiben wir, wie große Teile der Bevölkerung, bei unserer Kritik an der Handelspolitik der Europäischen Union und der Bundesregierung. CETA darf nicht ratifiziert und JEFTA muss gestoppt werden“, kommentiert Klaus Ernst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, das Konzept für eine alternative Handelspolitik der kritischen Mitglieder des TTIP-Beirats im Bundeswirtschaftsministerium. Ernst weiter:

„Wir schließen uns den Forderungen von mehreren Mitgliedern des TTIP-Beirats im Bundeswirtschaftsministerium voll und ganz an. Wir brauchen dringend mehr Transparenz bei den Verhandlungen. Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutz müssen an erster Stelle stehen. Dazu



muss es klare und sanktionierbare Regelungen geben. Unternehmen müssen bei Fehlverhalten besser zur Verantwortung gezogen werden können. Mehr Freiheiten und eine Paralleljustiz für Konzerne sind der falsche Weg. Gleichzeitig muss die jeweilige Landwirtschaft geschützt und die öffentliche Daseinsvorsorge von der Liberalisierung ausgenommen werden.“

Mehr aktuelle Meldungen findest Du auf der Website der Bundestagsfraktion: www.linksfraktion.de



**kein
mensch
ist
illegal**

REFUGEES WELCOME



DIE LINKE.